

Inhaltsübersicht

	Seiten
Inhaltsverzeichnis zu §§ 1–10 (mit Verweisen auf die Randnummern)	IX
Hinweise für die Benutzung der 8. Auflage	XLVIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens	1
§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt	413
§ 3 Familienunterhalt	679
§ 4 Ehegattenunterhalt	715
§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle	1063
§ 6 Sonderfragen	1121
§ 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern	1223
§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen	1313
§ 9 Auslandsberührung	1423
§ 10 Verfahrensrecht	1591
Anhang D: Düsseldorfer Tabelle 2011	1887
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge	1895
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen	2315
Sachverzeichnis	2321

Inhaltsverzeichnis

Benutzungshinweise	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV

§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens

Rn.

1. Abschnitt: Überblick und Grundlagen

I. Der Unterhaltsanspruch	1
1. Unterhaltsberechtigungen	1
2. Struktur des Unterhaltsanspruchs	8
3. Prüfungsschema	9
4. Höhe des Unterhalts und Zahlungsweise	10
5. Härteregelungen	13
6. Unterhalt und Sozialhilfe	14
7. Gerichtliches Verfahren	15
II. Zu den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	16
1. Die Bedeutung von Tabellen und Leitlinien in der Praxis	16
2. Düsseldorfer Tabelle zum Unterhaltsbedarf	19
3. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zum Unterhaltsrecht	20
III. Zum anrechenbaren monatlichen Nettoeinkommen	21
1. Grundsatz der unterschiedslosen Erfassung aller Einkünfte aus allen Einkommensarten	22
2. Zur Berechnung des anrechenbaren Nettoeinkommens	23
3. Zum monatlichen Nettoeinkommen	24
4. Zur Berücksichtigung von Abfindungen und einmaligen höheren Zuwendungen	29
IV. Unterschiedliche Berücksichtigung der Einkünfte bei der Berechnung des Kindesunterhalts und des Ehegattenunterhalts	31
1. Berücksichtigung der Einkünfte beim Kindesunterhalt	31
2. Berücksichtigung der Einkünfte beim Ehegattenunterhalt	33
3. Zusammenfassendes Ergebnis	41
V. Ermittlung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte anhand steuerrechtlicher Unterlagen	42
1. Darlegung der Parteien zum unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen	42
2. Richterliche Ermittlung unterhaltsrechtlich relevanter Einkünfte und Vorlage von Unterlagen	45
3. Unterhaltsrechtliche Relevanz steuerrechtlich erfasster Einkünfte	47
4. Steuerrechtliche und unterhaltsrechtliche Einkunftsarten	51
5. Gliederung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte	54

2. Abschnitt: Einkünfte aus abhängiger Arbeit sowie Nebeneinkünfte und Lohnersatzleistungen bei oder nach einem bestehenden Arbeitsverhältnis

I. Überblick	65
1. Bruttoeinnahmen und berufsbedingte Aufwendungen	65
2. Nicht berufsbedingte Aufwendungen	68
II. Der Prüfungszeitraum	69
III. Typische Bruttoeinnahmen	74
1. Barbezüge aller Art	74

2. Zweckbestimmte Entgelte für berufsbedingte Mehraufwendungen wie Spesen, Reisekosten und Auslösungen	78
3. Die Leitlinien zu den Spesen, Reisekosten, Auslösen	85
4. Vergütungen und Zuschläge für Überstunden, Mehrarbeit, Urlaubsabgeltung und sonstige überobligatorische Belastungen, wie bei Zuschlägen für Schicht-, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sowie bei Zulagen für Schmutz-, Schwer- und Schwerstarbeit	86
5. Sachbezüge, d. h. zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die in einem geldwerten Vorteil bestehen	91
6. Einmalige Zahlungen und Sonderzuwendungen wie z. B. Abfindungen u. ä.	33
7. Einkünfte aus Nebentätigkeiten und sonstiger Zweitarbeit neben einer hauptberuflichen Tätigkeit	96
8. Sozialleistungen mit Lohnersatzfunktion	105
IV. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen	122
1. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen als Abzugsposten	122
2. Zur Pauschalierung berufsbedingter Aufwendungen	124
3. Konkrete Bemessung berufsbedingter Aufwendungen	132
4. Berechnung von Fahrtkosten	133
5. Zusammenstellung weiterer berufsbedingter oder ausbildungsbedingter Aufwendungen	141
6. Berufsbedingte Aufwendungen, für die Zulagen (Auslands-, Kleider-, Schmutzzulagen) oder ähnliche Entgelte (Aufwandsentschädigungen, Spesen, Reisekosten) gezahlt werden	153
3. Abschnitt: Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	
I. Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten	160
II. Einkünfte aus Gewerbebetrieb	162
1. Definition und Einkommensteuergesetz	162
2. Umfang der Einkünfte aus Gewerbebetrieb	163
3. Gesetzliche Grundlagen der Gewinnermittlung	166
4. Ausnahmeregelungen	168
III. Der Jahresabschluss	169
1. Die Elemente des Jahresabschlusses	169
2. Handelsbilanz	170
3. Das Eigenkapital	172
4. Die Steuerbilanz	178
5. Gewinn- und Verlustrechnung	180
6. Anhang zur Bilanz und Lagebericht	182
IV. Die Doppelte Buchführung	183
1. Vorbemerkung	183
2. Grundzüge der doppelten Buchführung	184
3. Buchungen auf Bestandskonten	188
4. Buchungen auf Erfolgskonten	192
5. Die Gewinn- und Verlustrechnung	194
6. Das Privatkonto oder das variable Kapitalkonto	196
7. Entwicklung des Jahresabschlusses aus der Buchführung	200
V. Die steuerliche Behandlung des Anlagevermögens	202
1. Definition	202
2. Arten des Anlagevermögens	203
3. Anschaffungskosten in der Bilanz	204
4. Absetzung für Abnutzung in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	205
5. Lineare AfA	209
6. Degrессive AfA	211

7. Sonderabschreibungen und Investitionsabzugsbetrag	213
8. Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern	215
9. Veräußerungserlöse	217
10. Finanzierung	219
11. Investitionszulagen	220
12. Investitionszuschüsse	221
VI. Unterhaltsrechtlich relevante Merkmale der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	222
1. Periodengerechte Gewinnermittlung	222
2. Wareneinkauf, Bestandsveränderungen und Inventur	234
3. Betriebsvermögen	236
VII. Entnahmen und Einlagen	237
1. Entnahmen	237
2. Einlagen	243
4. Abschnitt: Sonstige Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung und nach Durchschnittssätzen sowie das Einkommen von Personengesellschaften	
I. Einnahmen-Überschuss-Rechnung	250
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	250
2. Methode der Gewinnermittlung	253
3. Steuerliche Unterlagen	255
4. Unterschiede zur Gewinn- und Verlustrechnung	257
II. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	266
1. Zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung	266
2. Die Ermittlung der Durchschnittssätze	267
III. Einkommensermittlung durch Schätzung	269
IV. Wechsel der Gewinnermittlungsart	270
V. Ermittlung des Einkommens aus Beteiligung an Gesellschaften	271
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	271
2. Gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung bei Mitunternehmerschaften	275
3. Betriebsverpachtung und Betriebsaufspaltung	279
5. Abschnitt: Gewinneinkünfte im Unterhaltsrecht	
I. Vorbemerkung	300
1. Verwertbarkeit steuerlicher Einkommensermittlung im Unterhaltsrecht ..	300
2. Vorbehalt der Nachprüfung	302
3. Steuerliche Außenprüfung (Betriebsprüfung)	303
4. Steuerhinterziehung	304
II. Steuerrechtlich und unterhaltsrechtlich irrelevante Aufwendungen	305
III. Unterhaltsrechtlich relevante Unterschiede zwischen Gewinn- und Verlustrechnung und Einnahmen-Überschuss-Rechnung	307
IV. Unterhaltsrechtliche Bewertung der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen und durch Schätzung	309
1. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	309
2. Steuerliche Gewinnschätzungen	310
3. Einkünfte des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH	311
V. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und der Einnahmen-Überschussrechnung nach unterhaltsrechtlichen Kriterien	314
1. Erträge/Einnahmen	314
2. Aufwand/Betriebsausgaben	330
VI. Bilanzposten in unterhaltsrechtlicher Betrachtung	350
1. Vorbemerkung	350
2. Anlagevermögen	382
3. Umlaufvermögen	383

Inhaltsverzeichnis

zu § 1

4. Forderungen und Verbindlichkeiten	384
5. Anzahlungen	386
6. Rechnungsabgrenzungsposten	387
7. Rückstellungen und Rücklagen	388
8. Wertberichtigungen	391
9. Kapital	392
10. Privatentnahmen und Privateinlagen	393
11. Investitionszulagen und Investitionszuschüsse	394
VII. Steuerliche Korrekturen außerhalb der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	395
VIII. Berechnung des unterhaltsrechtlichen Einkommens	420
1. Prüfungszeitraum	420
2. Berücksichtigung von Verlusten aus anderen Wirtschaftsjahren	421
3. Berücksichtigung außerbetrieblicher Aufwendungen	422
4. Berücksichtigung des Übergangsgewinns beim Wechsel der Gewinnermittlungsart	423
IX. Auskunfts- und Belegpflichten	424
1. Allgemeines	424
2. Besonderheiten des Auskunftsanspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	425
3. Besonderheiten des Beleganspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	429
4. Besonderheiten bei Personengesellschaften	435
5. Auskünfte von Land- und Forstwirten	436
6. Auskunftspflichten bei Schätzungen	437
X. Alternative Methoden der Einkommensermittlung	438
1. Entnahmen als Grundlage der Einkommensermittlung	438
2. Cash flow	442
3. Fazit	443
6. Abschnitt: Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus einem Wohnvorteil	
I. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	450
1. Zur Auskunfts- und Gewinnermittlungsart	450
2. Einnahmen	453
3. Abziehbare Ausgaben	455
4. Verluste	459
5. Zurechnung von Mieteinnahmen aus einem gemeinsamen Objekt und fiktive Mieteinnahmen aus unterlassener zumutbarer Vermietung	460
6. Eigene Mietkosten	468
II. Der Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Haus	473
1. Der Wohnvorteil als unterhaltsrechtlich zu berücksichtigender Vermögensvorteil	473
2. Die unterhaltsrechtliche Bewertung des Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	477
3. Abziehbare Hauslasten, Instandhaltungskosten und Annuitätsleistungen vom Wohnwert	498
4. Eigenheimzulage	519
5. Abzug von Hausschulden, die den Wohnwert übersteigen, vom sonstigen Einkommen	520
6. Nutzungsentzähigung	528
7. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen eines Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	535
8. Wohnvorteil und Unterhalt nach Veräußerung des Familienheims	557
9. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen des Wohnwertes beim Verwandtenunterhalt	571

7. Abschnitt: Einkünfte aus Vermögen, Verwertung des Vermögensstammes und fiktive Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung bzw. unterlassener Verwertung des Vermögensstammes

I. Einkünfte aus Vermögen	600
1. Vermögenserträge	600
2. Anrechnung von Vermögenseinkünften	601
3. Ermittlung der Vermögenserträge	604
4. Einkünfte aus Kapitalvermögen	605
5. Einkünfte aus Grundstücken	606
II. Zur Verwertung des Vermögensstammes	607
1. Obliegenheit zur Verwertung des Vermögensstammes auf Grund einer Billigkeitsabwägung	607
2. Verwertung des Vermögensstammes des Berechtigten beim nachehelichen Unterhalt (§ 1577 III BGB)	611
3. Verwertung des Vermögensstammes des Berechtigten beim Trennungsunterhalt	614
4. Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltspflichtigen beim nachehelichen Unterhalt (§ 1581 S. 2 BGB)	617
5. Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltspflichtigen beim Trennungsunterhalt	618
6. Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltspflichtigen beim Kindesunterhalt	619
7. Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltsberechtigten beim Kindesunterhalt	621
8. Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltspflichtigen beim Elternunterhalt	622
9. Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltsberechtigten beim Elternunterhalt	624
10. Vermögensverwertung beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt	625
11. Verwertung von Grundstücken	626
12. Verwertung des ausgezahlten Kapitals einer Lebensversicherung	629
III. Zurechnung fiktiver Erträge bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung oder Vermögensverwertung	632
1. Fiktive Zurechnung erzielbarer Erträge im Rahmen einer Obliegenheit zur Erzielung von Vermögenserträgen oder zur Vermögensverwertung	632
2. Obliegenheiten bei Immobilien	635
3. Obliegenheiten bei Barvermögen, wie Sparguthaben, Zugewinnausgleichzahlungen oder Veräußerungserlösen	636
4. Obliegenheit zur Vermögensumschichtung	637
5. Obliegenheit zur Belastung eines vorhandenen Vermögens, zur Kreditaufnahme und zur Einziehung von Forderungen	640
6. Obliegenheit zur Verwertung von Erbanteilen und Pflichtteilsrechten	642
7. Höhe der fiktiv zurechenbaren Erträge	644

8. Abschnitt: Einkünfte aus Pensionen, Renten und ähnlichen wiederkehrenden Bezügen Nichterwerbstätiger

1. Allgemeines	646
2. Arten von Versorgungsbezügen und Renten nebst Zulagen und Zuschlägen	649
3. Berücksichtigung von konkretem Mehrbedarf und Mehraufwand	652
4. Berücksichtigung von Nebeneinkünften	658
5. Berücksichtigung eines Rentenanspruchs ab Antragstellung sowie einer Rentennachzahlung	660

Inhaltsverzeichnis

zu § 1

9. Abschnitt: Sonstige Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen, freiwilligen Zuwendungen Dritter, Versorgungsleistungen des Berechtigten für seinen neuen Partner, aus Unterhaltsleistungen, Schmerzensgeld sowie nicht anzurechnende Vermögensvorteile

I. Sozialstaatliche Zuwendungen wie Wohngeld, BAföG, Pflege- und Erziehungsgeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen und -geld sowie Leistungen nach §§ 41 ff. SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)	664
1. Allgemeines	664
2. Zur Anrechnung von Wohngeld und Eigenheimzulagen	665
3. Zur Anrechnung von BAföG-Leistungen	670
4. Kindergeld und Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	677
5. Pflege- und Erziehungsgeld nach SGB VIII, Pflegegeld für Pflegepersonen nach SGB XI, Pflegegeld nach SGB XII, Leistungen nach dem Stiftungs- und dem Kindererziehungsleistungsgesetz	689
6. Ausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld nach dem Arbeitsförderungsrecht (SGB III = AFG)	701
7. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 ff. SGB XII)	703
II. Freiwillige unentgeltliche Zuwendungen eines Dritten	708
III. Zuwendungen eines neuen Partners an den Berechtigten sowie Gegenleistungen des Berechtigten an den neuen Partner	712
1. Allgemeines	712
2. Zur Anrechnung von Leistungen des neuen Partners	713
3. Zur fiktiven Anrechnung einer angemessenen Vergütung für Versorgungsleistungen des Unterhaltsberechtigten	715
4. Zur Bemessung der angemessenen Vergütung	717
5. Zur Wohnungsgewährung durch den neuen Partner	719
IV. Unterhaltsleistungen als anrechnungsfähiges Einkommen	721
1. Grundsatz	721
2. Ausnahmen	722
V. Schmerzensgeld	726
VI. Zu den nicht als Einkommen anzurechnenden Geldeinkünften	727

10. Abschnitt: Fiktives Einkommen aus unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit

I. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Unterhaltsschuldner	735
1. Allgemeine Grundsätze	735
2. Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen bei leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung durch Arbeitsaufgabe, Berufswechsel, Selbständigkeit oder sonstige berufliche Veränderung	743
3. Unterhaltsbemessung bei nicht leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung	753
4. Bedarfsbemessung auf der Grundlage von fiktiv zugerechneten Einkünften des Unterhaltpflichtigen	761
5. Arbeitsplatzaufgabe wegen beruflicher Weiterbildung oder Zweitausbildung	767
6. Fiktives Einkommen bei Selbständigen	769
7. Fiktives Einkommen bei Arbeitsplatzverlust infolge von Straftaten, sonstigen Verfehlungen oder Alkoholmissbrauch	770
8. Fiktives Einkommen bei unentgeltlichen oder unterbezahlten Dienstleistungen gegenüber Dritten	772
II. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Berechtigten	773
1. Bedürftigkeitsminderung durch Zurechnung fiktiver Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	773
2. Zumutbare Erwerbstätigkeiten des Berechtigten	778

III. Ernsthaftige Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit und reale Beschäftigungschancen	782
1. Ernsthaftige Bemühungen um eine Arbeitsstelle	782
2. Reale Beschäftigungschance auf dem Arbeitsmarkt	784
3. Darlegungs- und Beweislast zu den Arbeitsbemühungen und zur Beschäftigungschance	786
IV. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	787
1. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit und Pflicht zur Wiederherstellung der Arbeitskraft	787
2. „Renterneurose“ des Berechtigten	791
V. Bemessung und Dauer der fiktiven Einkünfte	793
1. Zur Bemessung fiktiver Einkünfte	793
2. Zur Dauer fiktiver Einkünfte	796
3. Vorsorgeunterhalt	797

11. Abschnitt: Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit

I. Grundsatz	800
1. Abgrenzung zumutbare und unzumutbare Tätigkeit	800
2. Erwerbstätigkeit trotz Betreuung kleiner Kinder	803
II. Unzumutbare Tätigkeit beim Berechtigten	815
1. Unzumutbare Tätigkeit beim Ehegattenunterhalt	815
2. Anrechnung nach § 1577 II BGB beim Ehegattenunterhalt	821
3. Anrechnung bei Ehegatten nach altem Recht (§§ 58 ff. EheG)	824
4. Anrechnung bei Kindern	825
III. Anrechnung von Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit beim Verpflichteten	828
1. Einkünfte des Verpflichteten aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	828
2. Zur Anrechnung solcher Einkünfte	835

12. Abschnitt: Unterhalt und Einkommensteuer

I. Einführung	850
1. Besteuerung von Ehe und Familie und Grundgesetz	850
2. Unterhaltsrechtliche Relevanz von Steuern	853
3. Steuersätze	857
4. Einkommensteuergesetz, Richtlinien und amtliche Hinweise; Solidaritätszuschlags- und Kirchensteuergesetz	862
II. Grundbegriffe des Einkommensteuerrechts	870
1. Steuerpflicht	870
2. Umfang der Besteuerung und Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	874
3. Überblick über wichtige Abzugsposten	876
4. Die Entstehung und die Höhe der Einkommensteuer	887
5. Vorauszahlungen	890
6. Abzugsteuern	892
III. Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit	900
1. Einkommensermittlung	900
2. Lohnsteuerklassen	907
3. Freibeträge	911
IV. Einkommensteuerveranlagung nach steuerrechtlichen Kriterien	915
1. Veranlagungsarten im Einkommensteuergesetz	915
2. Einzelveranlagung	916
3. Ehegattenveranlagung	917
4. Verfahren	927
5. Gesamtschuld und Haftungsbeschränkung	930
6. Erstattung von Steuern	931

V.	Unterhaltsrechtliche Kriterien für die Steuerveranlagung	935
1.	Frühere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	935
2.	Aktuelle Rechtsprechung	936
3.	Zusammenfassung der Grundsätze und Musterberechnungen	943
VI.	Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltslasten beim Einkommen	950
1.	Realsplitting	950
2.	Unterhaltszahlungen als außergewöhnliche Belastung	963
VII.	Berücksichtigung der Steuerbelastung beim unterhaltsrechtlichen Einkommen	970
1.	Grundlagen	970
2.	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	971
3.	Ermittlung der unterhaltsrechtlich abzugsfähigen Steuern nach dem In-Prinzip	979
VIII.	Steuerfragen bei Unterhalt, Zugewinn und Vermögen	995
1.	Doppelberücksichtigung von Steuerschulden und Forderungen	995
2.	Steuerprobleme bei der Übertragung von Einkommensquellen	996

13. Abschnitt: Berechnung des bereinigten Nettoeinkommens durch unterhaltsrechtlich relevante Abzüge

I.	Überblick zu den relevanten Abzügen	1000
1.	Das bereinigte Nettoeinkommen	1000
2.	Die Abzugsposten im Einzelnen	1007
II.	Abzug von Steuern	1009
1.	Abzug der tatsächlich angefallenen Steuern	1009
2.	Eintragung von Freibeträgen	1012
3.	Wiederverheiratung des Pflichtigen	1014
4.	Fiktive Berechnung	1018
5.	Realsplitting	1023
6.	Zusammenveranlagung	1026
III.	Abzug von Vorsorgeaufwendungen	1029
1.	Bei Nichtselbständigen	1029
2.	Bei Selbständigen und Gewerbetreibenden	1036
3.	Krankenversicherungs- und Vorsorgeunterhalt	1039
4.	Kindesunterhalt	1041
IV.	Berufsbedingte Aufwendungen	1042
1.	Bei Gewinnermittlung	1042
2.	Bei Einkünften aus Kapital und Vermietung und Verpachtung	1043
3.	Bei Renten, Pensionen	1044
4.	Bei Nichtselbständigen	1045
V.	Kinderbetreuungskosten und Betreuungsbonus	1053
1.	Kinderbetreuungskosten	1053
2.	Betreuungsbonus	1058
3.	Berücksichtigungswürdigkeit beim Bedarf	1062
4.	Verwandtenunterhalt und Ansprüche nach § 1615 I BGB	1063
VI.	Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Krankheit, Behinderung und Alter	1064
1.	Mehrbedarf und Mehrbedarfsfälle	1064
2.	Berücksichtigung eines Mehrbedarfs	1068
VII.	Berücksichtigung von Schulden	1072
1.	Zur Problematik der Berücksichtigung von Schulden sowie zu Regelungen in den Leitlinien	1072
2.	Abzug berücksichtigungswürdiger Schulden bei der Bedarfsermittlung des Ehegattenunterhalts	1082
3.	Berücksichtigungswürdige Schulden im Rahmen der Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	1103
4.	Berücksichtigung von Schulden beim Verwandtenunterhalt	1105
5.	Verbraucherinsolvenz bei Überschuldung	1118

VIII. Nur beim Ehegattenunterhalt und sonstigem Verwandtenunterhalt zu berücksichtigende Abzüge	1121
1. Kindesunterhalt und sonstige vorrangige Unterhaltslasten	1121
2. Vermögenswirksame Leistungen des Pflichtigen	1134

14. Abschnitt: Der Anspruch auf Auskunft und Vorlage von Belegen

I. Der Auskunftsanspruch	1150
1. Allgemeiner Überblick	1150
2. Auskunft beim Ehegattenunterhalt	1158
3. Auskunft beim Kindesunterhalt	1160
4. Auskunft beim Elternumunterhalt	1162
5. Auskunft beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt (§ 1615 I BGB)	1163
II. Die Auskunftserteilung	1164
1. Die systematische Aufstellung	1164
2. Der Zeitraum	1170
3. Die Kosten	1171
4. Zur Häufigkeit	1172
5. Schadensersatzanspruch bei Verstoß gegen die Auskunftspflicht	1175
III. Vorlage von Belegen über das Einkommen	1176
1. Allgemeines	1176
2. Der Umfang der Vorlegungspflicht	1177
IV. Die Vollstreckung von Titeln zur Auskunft und zur Vorlage von Belegen	1188
1. Vollstreckungsfähige Titel	1188
2. Die Art der Vollstreckung	1191
V. Die eidesstattliche Versicherung	1195
1. Voraussetzungen	1195
2. Die Durchsetzung des Anspruchs	1198
VI. Die Verpflichtung zu ungefragten Informationen	1199
1. Voraussetzungen	1199
2. Die Folgen des Verschweigens	1202

§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt**A. Kindesunterhalt****1. Abschnitt: Grundlagen**

I. Entstehung und Dauer des Unterhaltsanspruchs	1
1. Eltern-Kind-Verhältnis	1
2. Übersicht über die wichtigsten Anspruchsvoraussetzungen und Einwendungen gegen den Anspruch	7
3. Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs	12
II. Unterhaltsarten	16
1. Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt	16
2. Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt	20
3. Verhältnis des Minderjährigen- zum Volljährigenunterhalt	28
III. Bestimmungsrecht der Eltern	32
1. Bestimmungsrecht	32
2. Bestimmungsberechtigung	38
3. Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung	44
4. Verfahren	50

2. Abschnitt: Bedürftigkeit des Kindes

I. Unvermögen des Kindes, sich selbst zu unterhalten	51
1. Nickerwerbspflichtige Kinder	51
2. Ausbildungsbedürftige Kinder	54

Inhaltsverzeichnis	zu § 2
3. Erwerbspflichtige Kinder	57
4. Erwerbspflicht des Kindes trotz Schwangerschaft oder Betreuung eines eigenen Kindes	59
II. Ausbildungsunterhalt	68
1. Ausbildungsanspruch	68
2. Berufswahl	71
3. Ausbildungsverpflichtungen des Kindes und Ausbildungsdauer	77
4. Finanzierung einer Zweitausbildung	91
5. Weiterbildung, insbesondere Studium nach einer praktischen Ausbildung	97
III. Einkommen und Vermögen des Kindes	107
1. Anrechenbare Einkünfte des Kindes	107
2. Anrechnung einer Ausbildungsvergütung	112
3. Anrechnung von Einkommen auf Barunterhalt und auf Betreuungsunterhalt	118
4. Freiwillige Zuwendungen eines Dritten oder eines Elternteils	121
5. Berücksichtigung des Kindesvermögens	132
3. Abschnitt: Barbedarf des Kindes	
I. Bedarfsbemessung nach der von den Eltern abgeleiteten Lebensstellung des Kindes	200
1. Lebensstellung des Kindes und Unterhaltsbedarf	200
2. Einkommen als Kriterium der Lebensstellung der Eltern	205
3. Einkommensverhältnisse der Eltern im Unterhaltszeitraum	210
4. Bedarfsbemessung bei alleiniger Barunterhaltpflicht eines Elternteils	211
5. Bedarfsbemessung bei Barunterhaltpflicht beider Eltern	213
II. Regelbedarf, regelmäßiger Mehrbedarf und Sonderbedarf	216
1. Pauschalierung des Kindesunterhalts nach Tabellen	216
2. Mindestbedarf und Existenzminimum	221
3. Bedarfsbemessung bei besonders günstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern	226
4. Regelmäßiger Mehrbedarf	232
5. Sonderbedarf	237
4. Abschnitt: Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen	
I. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Unterhaltsschuldners	239
II. Anrechenbare Einkünfte des Schuldners	241
1. Tatsächliche Einkünfte	241
2. Fiktive Einkünfte	243
3. Unterhaltsleistungen als anrechenbare Einkünfte	247
III. Berücksichtigung sonstiger Verpflichtungen des Schuldners	257
1. Schulden und Verbraucherinsolvenz	257
2. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Unterhaltsansprüche anderer Berechtigter; Mangelfälle	262
3. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Betreuung eines anderen unterhaltsberechtigten Kleinkindes	269
4. Minderung der Leistungsfähigkeit durch Umgangskosten	271
IV. Leistungsfähigkeit eines Elternteils bei Übernahme der Haushaltsführung nach Wiederverheiratung oder Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft („Haussmannrechtsprechung“)	275
1. Erwerbsobliegenheit des wiederverheirateten, haushaltsführenden Ehegatten gegenüber gleichrangigen Berechtigten, insbesondere gegenüber minderjährigen Kindern aus erster Ehe	275
2. Umfang der Erwerbsobliegenheit des haushaltsführenden Ehegatten; Verpflichtungen des neuen Partners	293

3. Bemessung der dem Verpflichteten anzurechnenden (fiktiven) Nebeneinkünfte	288
4. Unterhaltpflicht des haushaltführenden Elternteils gegenüber einem volljährigen Kind	291
5. Hausmannrechtsprechung bei Übernahme der Haushaltführung in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	296
5. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt minderjähriger Kinder	299
II. Grundsätze der Bemessung des Bedarfs minderjähriger Kinder	309
1. Der Unterhalt des nichtehelichen Kindes bis zum 30. 6. 1998	309
2. Die Bedarfsbemessung bei ehelichen und nichtehelichen Kindern seit dem 1. 7. 1998	310
III. Die Düsseldorfer Tabelle und die ehemaligen Vortabellen für das Beitreitsgebiet	315
1. Vorbemerkung	315
2. Die Düsseldorfer Tabelle, Stand: 1. 1. 2011/1. 1. 2010/1. 1. 2009/1. 1. 2008	319
3. Allgemeines zur Anwendung der Düsseldorfer Tabelle	323
4. Zu- oder Abschläge bei den Bedarfssätzen	343
5. Der Bedarfskontrollbetrag	351
IV. Dynamischer Unterhalt nach dem Mindestunterhalt	358
V. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt minderjähriger Kinder	366
1. Gesteigerte Unterhaltsverpflichtung der Eltern nach § 1603 II 1 BGB	366
2. Notwendiger Selbstbehalt bei gesteigerter Unterhaltpflicht	380
3. Die Bemessung des notwendigen Selbstbehalts nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	384
4. Keine gesteigerte Unterhaltsverpflichtung bei Vorhandensein eines anderen leistungsfähigen Verwandten	394
VI. Alleinige Barunterhaltpflicht eines Elternteils oder Beteiligung beider Eltern am Barunterhalt	410
1. Alleinige Barunterhaltpflicht eines Elternteils	410
2. Barunterhaltpflicht des betreuenden Elternteils	416
3. Anteilige Barunterhaltpflicht beider Eltern nach § 1606 III 1 BGB	418
4. Unterhalt bei Geschwistertrennung	440
5. Kindesunterhalt bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Wechselmodell	447
VII. Mehrbedarf minderjähriger Kinder	451
1. Berechtigung des Mehrbedarfs	451
2. Berechnung des geschuldeten Unterhalts bei berechtigtem Mehrbedarf	460
3. Mehrbedarf des behinderten minderjährigen Kindes	463
6. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch volljähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt volljähriger Kinder	468
II. Bedürftigkeit des volljährigen Kindes	481
1. Auswirkungen der Volljährigkeit auf die Bedürftigkeit	481
2. Unterhalt bei Wehr- oder Ersatzdienst, freiwilligem sozialem Jahr	486
3. Anrechnung von Einkommen, Vermögen und Kindergeld	490
III. Bedarf des volljährigen Kindes	499
1. Lebensbedarf und Bedarfsbemessung	499
2. Bedarf von Studenten und Kindern mit eigenem Haushalt	508
3. Bedarf von Schülern, Studenten und Auszubildenden, die im Haushalt eines Elternteils leben	518
4. Regelmäßiger Mehrbedarf des volljährigen Schülers, Studenten oder Auszubildenden	530
5. Bemessung des Bedarfs des Volljährigen, der sich nicht in einer Ausbildung befindet	534

Inhaltsverzeichnis

zu § 2

IV. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt volljähriger Kinder	536
1. Grundsätzlich keine gesteigerte Unterhaltpflicht gegenüber volljährigen Kindern	536
2. Angemessener Eigenbedarf des Verpflichteten nach § 1603 I BGB und eheangemessener Bedarf nach §§ 1361, 1578 I 1, 1581 BGB	545
3. Bemessung des angemessenen Eigenbedarfs des verpflichteten Elternteils nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	546
4. Berücksichtigung anderweitiger Verpflichtungen, insbesondere vorrangiger Unterhaltsansprüche	556
V. Ermittlung des Haftungsanteils der Eltern nach § 1606 III 1 BGB	560
1. Anteilige Haftung der Eltern	560
2. Vergleichbares Einkommen der Eltern	565
3. Einzelheiten der Unterhaltsberechnung und wertende Veränderung des Verteilungsschlüssels	575
4. Darlegungs- und Beweislast für die Haftungsanteile der Eltern	578
VI. Gleichstellung 18–20-jähriger Schüler mit Minderjährigen	579
1. Problematik der Privilegierung volljähriger Kinder während einer Übergangszeit nach Eintritt der Volljährigkeit	579
2. Voraussetzungen der Privilegierung volljähriger Schüler nach §§ 1603 II 2, 1609 Nr. 1 BGB	581
3. Unterhaltsbemessung bei privilegiert volljährigen Kindern	589
VII. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs des volljährigen Kindes	601

7. Abschnitt: Kindergeld und Kindesunterhalt

I. Der öffentlich-rechtliche Anspruch auf Kindergeld	700
1. Rechtsgrundlagen	700
2. Anspruchsvoraussetzungen für Kindergeld nach §§ 62 ff. EStG	702
3. Kindergeld und Freibeträge nach § 32 VI EStG	707
4. Abzweigung des Kindergeldes	712
5. Ähnliche Sozialleistungen	713
II. Das Kindergeld nach dem bis zum 31. 12. 2007 geltenden Unterhaltsrecht	714
III. Die Behandlung des Kindergeldes nach dem Unterhaltsänderungsgesetz	716
1. Übersicht über den seit dem 1. 1. 2008 geltenden Kindergeldausgleich	716
2. Hälfte Berücksichtigung des Kindergeldes	718
3. Berücksichtigung des Kindergeldes in voller Höhe	722
4. Auswirkungen der bedarfsdeckenden Berücksichtigung des Kindergeldes	727
5. Sonderfragen	731
IV. Verfahrensfragen	736

8. Abschnitt: Sonderprobleme des Kindesunterhalts

I. Auskunftspflichten	751
II. Rangfolge der Unterhaltsberechtigten und Unterhaltsverpflichteten	754
III. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	755
1. Allgemeines	755
2. Kein Verzicht auf zukünftigen Kindesunterhalt	758
3. Freistellungsvereinbarungen der Eltern bezüglich des Kindesunterhalts	762
IV. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	767
1. Ausgleich zwischen den Eltern	767
2. Erfüllung einer dem anderen Elternteil obliegenden Unterhaltpflicht	775
3. Ausgleich von Kindergeld und anderen staatlichen kinderbezogenen Leistungen	780
4. Einschränkungen des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs	783
5. Verzinsung des Ausgleichsanspruchs	786
V. Ersatzhaftung; gesetzlicher Forderungsübergang nach § 1607 BGB	787
1. Reihenfolge der Haftung beim Kindesunterhalt	787

2. Primäre Haftung nachrangig Verpflichteter	788
3. Subsidiäre Haftung nachrangig Verpflichteter	797
4. Unterhaltsleistung durch einen Dritten	803
5. Rechtsfolgen des Anspruchsübergangs	805
B. Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter, insbesondere Eltern- und Enkelunterhalt	
I. Grundlagen	900
1. Grundfragen zum geltenden Recht	900
2. Gerichtliche Zuständigkeit	901
3. Unterhaltsansprüche gegen Verwandte und Sozialgesetze	902
II. Rangfolge der Verpflichteten und Bedürftigen	905
1. Vorrangige Haftung des Ehegatten bzw. des Lebenspartners und des nichtehelichen Vaters	905
2. Rangfolge der unterhaltpflichtigen Verwandten	909
3. Ersatzhaftung	910
4. Rangfolge der Bedürftigen	916
5. Darlegungs- und Beweislast bei Rangfragen	917
III. Das Unterhaltsverhältnis im Einzelnen	918
1. Das Maß des Unterhalts	919
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	921
3. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Pflichtigen	923
4. Beschränkung oder Wegfall der Unterhaltsverpflichtung durch Verwirkung nach § 1611 I BGB	936
5. Elternunterhalt im Besonderen	939
6. Enkelunterhalt im Besonderen	970

§ 3 Familienunterhalt

1. Abschnitt: Grundsätzliches

2. Abschnitt: Voraussetzungen des Familienunterhalts

I. Eheliche Lebensgemeinschaft, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	7
II. Unterhaltsverpflichtung der Ehegatten und Aufgabenverteilung in der Ehe	12
1. Verpflichtung beider Ehegatten	12
2. Aufgabenverteilung in der Ehe	14
III. Erwerbsobliegeheit der Ehegatten	20

3. Abschnitt: Bemessung des Familienunterhalts, Unterhaltsbeiträge der Ehegatten, Wirtschaftsgeld und Taschengeld

I. Lebensbedarf der Familie	25
1. Angemessener Aufwand	25
2. Schulden	35
3. Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter	36
II. Bemessung des Familienunterhalts und Leistungsfähigkeit	38
1. Finanzialer Bedarf	38
2. Leistungsfähigkeit	43
3. Art und Weise des Familienunterhalts	44
III. Anteilige Beiträge der Ehegatten zum Familienunterhalt	45
1. Gleichwertigkeit der Haushaltstätigkeit	45
2. Allein erwerbstätiger Ehegatte	46
3. Beiderseits erwerbstätige Ehegatten	47
4. Zuverdienst	53
5. Nicht erwerbstätige Ehegatten	54

IV. Wirtschaftsgeld	55
V. Taschengeld	62

4. Abschnitt: Konkurrenz mit anderen Unterhaltsansprüchen

I. Vergleichbarkeit des Familienunterhalts und anderer Unterhaltsansprüche	70
II. Konkurrenz zwischen dem Unterhalt Minderjähriger oder privilegiert volljähriger Kinder und dem Familienunterhalt	71
III. Konkurrenz zwischen mehreren Ehegatten	74
1. Änderung der Rangverhältnisse zum 1.1.2008	74
2. Keine Dreiteilung	77
3. Bedarf des ersten Ehegatten	79
4. Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen bei Wiederverheiratung	82
5. Bedarf des nachfolgenden Ehegatten	83
6. Kürzung der Unterhaltsansprüche im Rahmen der Leistungsfähigkeit	85
7. Aktualisierung der Rangverhältnisse im Mangelfall	88
8. Konkurrenz des geschiedenen und des beim Verpflichteten lebenden jetzigen Ehegatten	92
9. Angemessenheitskontrolle	98
IV. Konkurrenz zwischen Volljährigen- und Familienunterhalt	99
V. Konkurrierende Ansprüche von Eltern	103
1. Bedürftigkeit eines Elternteils	103
2. Sicherstellung des Familienunterhalts durch das unterhaltpflichtige Kind	104
VI. Konkurrierende Ansprüche bei Geburt eines nichtehelichen Kindes	114

5. Abschnitt: Besonderheiten des Familienunterhalts

I. Keine Identität zwischen Familienunterhalt und Trennungsunterhalt	115
II. Ausgleichsanspruch nach § 1360b BGB	117
III. Unpfändbarkeit des Familienunterhalts	120
IV. Sonderfragen	121

§ 4 Ehegattenunterhalt

A. Grundlagen

I. Entstehungsgeschichte	1
1. Entwicklung bis zum 30. 6. 1977	1
2. Rechtslage ab dem 1. 7. 1977	2
3. Rechtslage ab dem 1. 1. 2008	3
II. Anwendbarkeit des deutschen Unterhaltsrechts, Unterhaltstatbestände	4
1. Deutsches internationales Unterhaltsrecht	4
2. Unterhaltstatbestände des BGB	5
3. Keine Identität von Familienunterhalt, Trennungsunterhalt und nachehelichem Unterhalt	6
III. Allgemeines zur Struktur der Ansprüche auf Trennungsunterhalt und auf nachehelichen Unterhalt	8
1. Vorliegen eines Unterhaltstatbestands	8
2. Allgemeine Voraussetzungen beim Berechtigten	11
3. Allgemeine Voraussetzungen beim Pflichtigen	17
4. Prüfung von Einwendungen und Einreden	20

B. Einzelne Ansprüche und Unterhaltsverhältnis

1. Abschnitt: Der Trennungsunterhalt (§ 1361 BGB)

I. Grundlagen	21
1. Geltungsbereich	21
2. Normzweck	22
3. Bedeutung des Güterstandes	23

II. Voraussetzungen des Trennungsunterhalts	24
III. Getrenntleben	25
1. Aufheben der häuslichen Gewalt	26
2. Versöhnungsversuch	30
IV. Bedürftigkeit des Berechtigten	31
1. Erwerbsobliegenheit des bedürftigen Ehegatten nach der Trennung	32
2. Kriterien für die Zumutbarkeitsabwägung	36
3. Zumutbarkeitsabwägung bei Fortsetzung, Ausweitung oder Einschränkung einer bei Trennung bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit ..	50
4. Fiktive Zurechnung erzielbarer Einkünfte	53
5. Anrechenbare Einkünfte des Unterhaltsberechtigten	54
V. Maß des Trennungsunterhalts	60
1. Eheliche Lebensverhältnisse und Bedarfsbemessung beim Trennungsunterhalt	60
2. Maßgeblicher Bemessungszeitpunkt, eheliche Lebensverhältnisse	61
3. Einzelne Bedarfspositionen	65
VI. Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen	76
VII. Unterhaltsberechnung	78
VIII. Rangfolge, Konkurrenzen	79
1. Rangfolge des Unterhaltsanspruchs	79
2. Konkurrenzen	80
IX. Beginn und Ende des Trennungsunterhalts, Unterhaltsverzicht, Unterhaltsbegrenzung	81
1. Beginn des Anspruchs	81
2. Ende des Anspruchs	82
3. Unterhaltsverzicht	85
4. Unterhaltsbegrenzung	86
X. Verwirkung des Trennungsunterhalts (§§ 1361 III, 1579 BGB)	87
1. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausel des § 1579 BGB ..	87
2. Einzelne, beim Trennungsunterhalt häufig geltend gemachte Härtegründe ..	88
3. Zumutbarkeitsabwägung	94
4. Rechtsfolgen	95
5. Verfahrensrechtliches	96
XI. Unterhalt für die Vergangenheit, Rückforderung von Unterhalt	97
1. Unterhalt für Vergangenheit	97
2. Rückforderung von Zuvielleistungen	98
XII. Geltendmachung des Trennungsunterhalts, Auskunftsanspruch	99
1. Auskunftsanspruch	99
2. Verfahren	100
3. Darlegungs- und Beweislast	101
2. Abschnitt: Anspruchstatbestände bei nachehelichem Unterhalt	
I. Allgemeine Grundsätze und Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts ..	102
1. Allgemeine Grundsätze der Eigenverantwortlichkeit und der nachehelichen Verantwortung	102
2. Allgemeine Voraussetzungen für einen Anspruch auf nachehelichen Unterhalt	105
3. Einheitlicher Anspruch auf nachehelichen Unterhalt	106
4. Einsatzzeitpunkte und Ausschlussunterhalt sowie Teilanschlussunterhalt ..	111
5. Beginn, Ende und Wiederaufleben des nachehelichen Unterhalts	115
6. Sonstige materiell-rechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	119
7. Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	138
II. Angemessene Erwerbstätigkeit im Sinn der § 1574 BGB	139
1. Normzweck und Anwendungsbereich des § 1574 BGB	139
2. Angemessene Erwerbstätigkeit nach § 1574 II BGB, Systematik	141

3. Die einzelnen Kriterien für die Prüfung einer angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1574 II S. 1 Hs. 1 BGB (1. Stufe)	145
4. Billigkeitsprüfung nach § 1574 S. 2 Hs.2 und S. 2 BGB (2. Stufe)	150
III. Unterhalt wegen Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes nach § 1570 BGB	157
1. Entwicklung des Unterhaltsanspruchs	157
2. Übergangsregelung	159
3. Struktur des Unterhaltsanspruchs nach § 1570 BB	160
4. Gemeinschaftliches Kind	164
5. Berechtigte Pflege und Erziehung	165
6. Der Betreuungsunterhaltsanspruch bis zum 3. Lebensjahr des Kindes, § 1570 I 1 BGB	167
7. Die Verlängerung des Unterhaltsanspruchs über die Dreijahresfrist hinaus, § 1570 I 2 u. 3 BGB	170
8. Die Verlängerung des Betreuungsunterhalts aus ehe-/elternbezogenen Gründen nach § 1570 II BGB	188
9. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zur Erwerbsobliegenheit	193
10. Rechtsprechung zum Umfang der Erwerbsobliegenheit	194
11. Einsatzzeitpunkt	203
12. Begrenzung des Anspruchs aus § 1570 BGB	206
13. Privilegierung des Anspruchs aus § 1570 BGB	209
14. Konkurrenzen	210
IV. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	214
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen des § 1571 BGB	214
2. Das maßgebende Alter des Berechtigten	216
3. Ursächlichkeit des Alters	223
4. Einsatzzeitpunkte	227
5. Konkurrenzen	233
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB	234
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578 b BGB	235
8. Darlegungs- und Beweislast	236
V. Unterhalt wegen Krankheit nach § 1572 BGB	237
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1572 BGB	237
2. Krankheit, Gebrechen oder geistige Schwäche	238
3. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit	245
4. Einsatzzeitpunkte	249
5. Konkurrenzen	258
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB	260
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578 b BGB	261
8. Darlegungs- und Beweislast, Prozessuales	264
VI. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573 I, III, IV BGB	268
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 I, III, IV BGB	268
2. Subsidiarität und Konkurrenzen	270
3. Der Unterhaltsberechtigte findet keine angemessene Erwerbstätigkeit	272
4. Notwendige Bemühungen um eine angemessene Erwerbstätigkeit	274
5. Ausbildungsobliegenheit	279
6. Folgen einer Verletzung der Obliegenheit aus §§ 1573 I, 1574 III BGB	280
7. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	281
8. Umfang des Anspruchs	288
9. Dauer des Anspruchs, Erlöschen durch nachhaltige Unterhaltssicherung, Wiederaufleben	289
10. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB	300
11. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578 b BGB	301
12. Darlegungs- und Beweislast, Prozessuales	302
VII. Aufstockungsunterhalt nach § 1573 II BGB	308
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	308
2. Subsidiarität und Konkurrenzen	314

3. Einkommensgefälle, Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit	316
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	318
5. Umfang des Anspruchs	322
6. Dauer des Anspruchs, Erlöschen, Wiederaufleben	323
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB	325
8. Zeitliche Begrenzung des Aufstockungsunterhalts nach § 1578 b BGB	326
9. Darlegungs- und Beweislast	327
VIII. Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III i.V.m. § 1573 I BGB	328
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	328
2. Erforderlichkeit der Ausbildung	329
3. Erwartung eines erfolgreichen Abschlusses	330
4. Chancen auf dem Arbeitsmarkt	331
5. Beginn, Dauer und Umfang der Ausbildungsbiliegenheit, Einsatzzeitpunkte	332
6. Verletzung der Obliegenheit	333
7. Konkurrenzen	336
8. Darlegungs- und Beweislast	337
IX. Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB	338
1. Normzweck	338
2. Subsidiarität, Konkurrenzen	339
3. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 I BGB	341
4. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 II BGB	350
5. Umfang des Unterhalts	354
6. Dauer des Unterhalts nach § 1575 I, II BGB	357
7. Obliegenheiten des geschiedenen Ehegatten	361
8. Erwerbslosenunterhalt als Anschlussunterhalt nach § 1575 II BGB i. V. m. § 1573 BGB	364
9. Begrenzung des Unterhaltsanspruchs	365
10. Darlegungs- und Beweislast, Prozessuale	367
X. Unterhalt aus Billigkeitsgründen nach § 1576 BGB	368
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	368
2. Ehebedingtheit	369
3. Einsatzzeitpunkt	370
4. Berücksichtigung des Verschuldens am Scheitern der Ehe	371
5. Vorliegen eines sonstigen schwerwiegenden Grundes	372
6. Billigkeitsabwägung	382
7. Dauer und Höhe des Unterhaltsanspruchs	383
8. Rangfolge und Konkurrenzen	384
9. Beweislast	385
3. Abschnitt: Unterhaltsbedarf und Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt	
I. Unterhaltsbedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen	400
1. Der Unterhaltsbedarf als gesamter Lebensbedarf	400
2. Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen und fehlende Lebensstandardgarantie	409
3. Nachhaltige Prägung der ehelichen Lebensverhältnisse durch Einkommen und andere Umstände	416
4. Haushaltsführung und Kinderbetreuung in der Ehe	422
5. Wandelbare Verhältnisse und Stichtagsprinzip	426
6. Bedarfsbemessung nach dem zur Deckung des Lebensbedarfs verfügbaren Einkommen	432
7. Vorabzug von Steuern, Vorsorgeaufwendungen, berufsbedingten Aufwendungen, Werbungskosten, Kinderbetreuungskosten und Schulden	437
8. Vorabzug von Unterhaltslasten	440
9. Aufwendungen zur Vermögensbildung	453

Inhaltsverzeichnis

zu § 4

10. Konsumverhalten und objektiver Maßstab für die Bedarfsbemessung	463
11. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des prägenden Charakters ehelicher Lebensverhältnisse	467
12. Verbot der Doppelverwertung	480
II. Überblick zu den in der Ehe angelegten und nicht angelegten Einkünften, berücksichtigungswürdigen Ausgaben sowie Änderungen der Einkommensverhältnisse nach Trennung und Scheidung	550
1. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften	550
2. Normale Einkommensänderungen und vom Normalverlauf erheblich abweichende Einkommensänderungen	557
3. Gehaltsbestandteile und Familienzuschläge bei Wiederverheiratung	579
4. Aufnahme oder Ausweitung einer zumutbaren Erwerbstätigkeit durch den Berechtigten nach der Trennung	580
5. Einkünfte aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	583
6. Ersparnis durch das Zusammenleben und Haushaltsführung für einen neuen Partner	585
7. In der Ehe angelegte und nicht in der Ehe angelegte Einkünfte aus Vermögen	591
8. Fiktive Einkünfte beim Berechtigten und Verpflichteten nach der Trennung	605
9. Einkommensänderungen nach der Trennung durch freiwillige Disposition (z. B. Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel oder berufliche Verselbständigung)	650
10. Einkommensänderungen bei Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit	654
11. Bedarfsrelevante Änderungen im Ausgabenbereich	662
12. Exkurs: Rückkehr zum Stichtag Ehescheidung?	669
13. Unterschiedliche Behandlung von Erhöhung und Minderung des Einkommens	674
14. Keine Absenkung des Bedarfs durch Unterhaltpflicht gegenüber weiteren Ehegatten	675
15. Einkommensänderungen infolge erstmaligem Rentenbezug nach Trennung und Scheidung	676
16. Nutzung des Vorsorgevermögens aus Vorsorgeaufwendungen im Rentenfall	682
17. Berücksichtigung des Preisindexes der Lebenshaltungskosten	683
III. Halbteilungsgrundsatz, Mindestbedarf und konkrete Bedarfsbemessung	750
1. Halbteilungsgrundsatz	750
2. Mindestbedarf	756
3. Keine Sättigungsgrenze bei der Bedarfsbemessung	760
4. Konkrete Bedarfsbemessung	763
5. Bedarfsbemessung nach Ehegattenquoten	772
6. Überblick zu den Quoten bei Einkünften aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkünften und zur Höhe des Erwerbstätigenbonus	782
IV. Berechnungsmethoden	800
1. Unterhaltsberechnung nach der Additionsmethode	800
2. Bedarfsbemessung bei konkurrierendem Gattenunterhalt	805
3. Unterhaltsberechnung nach Differenz- und Anrechnungsmethode	814
4. Methodenwahl	821
5. Auswirkungen des Vorabzugs von Schulden und Kindesunterhalt auf den Erwerbstätigenbonus bei Mischeinkünften	826
6. Quotenunterhalt und die (überholte) Rechtsprechung zum vollen Unterhalt und trennungsbedingten Mehrbedarf	835
7. Quotenunterhalt und Mindestbedarf	837
V. Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung eines regelmäßigen Mehrbedarfs	840
1. Mehrbedarfssfälle und konkrete Bemessung des Mehrbedarfs	840
2. Unterhaltsberechnung bei Mehrbedarf	846

4. Abschnitt: Vorsorgeunterhalt

I. Vorsorgeunterhalt wegen Alters, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit	855
1. Grundsätzliches, Voraussetzungen, Beginn und Dauer des Vorsorgeunterhalts beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt sowie Verfassungsmäßigkeit	856
2. Geltendmachung und Tenorierung des Vorsorgeunterhalts	862
3. Zweckbestimmung und nicht zweckbestimmte Verwendung des Vorsorgeunterhalts	868
4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts aus dem Elementarunterhalt nach der Bremer Tabelle	874
5. Zweiseitige und einstufige Berechnung des Elementarunterhalts und Vorrang des Elementarunterhalts gegenüber dem Vorsorgeunterhalt	883
6. Vorsorgeunterhalt bei späteren Abänderungen	894
7. Rechenbeispiel des BGH zum Vorsorgeunterhalt (nach BGH, FamRZ 1983, 888, 889)	897
8. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts	898
II. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit	900
1. Voraussetzungen des Krankheitsvorsorgeunterhalts und Krankenversicherungsschutz bei Trennung oder Scheidung	900
2. Berechnung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	906
3. Vorabzug der Krankenversicherungsbeiträge und des Krankheitsvorsorgeunterhalts vom Einkommen sowie mehrstufige Berechnung des Elementarunterhalts	911
4. Geltendmachung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	923
III. Pflegevorsorgeunterhalt	927

5. Abschnitt: Zur Bedürftigkeit des Berechtigten

I. Unterhaltsbedürftigkeit	928
1. Bedürftigkeit als Unterhaltsvoraussetzung	928
2. Bedürftigkeitsmindernde Anrechnung der Einkünfte des Berechtigten ...	933
3. Anrechnung auf den vollen Unterhalt unter Berücksichtigung von Mehrbedarf	937
4. Nach § 1577 I BGB in vollem Umfang anzurechnende Einkünfte des Berechtigten	942
5. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Bedürftigkeit	943
II. Anrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit des Berechtigten nach § 1577 II BGB	944
1. Zur Auslegung und zum Anwendungsbereich des § 1577 II BGB	944
2. Ermittlung des anrechnungsfreien Betrags nach § 1577 II 1 BGB – Problem des anrechnungsfreien Defizits	948
3. Billigkeitsanrechnung nach § 1577 II 2	952
4. Zusammenfassung	955
5. Rechenbeispiele zu § 1577 II BGB	956
III. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB und nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	959
1. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB	959
2. Nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB ..	964

6. Abschnitt: Zur Leistungsfähigkeit des Verpflichteten

I. Leistungsunfähigkeit als Einwendung	966
II. Eigener eheangemessener Bedarf	969
III. Bedarfsquote und Billigkeitsquote, konkreter Bedarf	975
IV. Schuldhaft herbeigeführte Leistungsunfähigkeit, Folgen des Mangelfalls	978

7. Abschnitt: Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578 b BGB

I. Allgemeines	1000
1. Neues und bisheriges Recht	1000
2. Struktur des § 1578 b BGB	1001
3. Gemeinsame Voraussetzungen von § 1578b I und II BGB	1002
II. Herabsetzung des eheangemessenen Unterhalts auf den angemessenen Lebensbedarf nach § 1578 b I BGB	1003
1. Anwendungsbereich des § 1578 b I BGB	1003
2. Rechtsfolgen nach § 1578 b I BGB	1004
III. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578 b II BGB	1009
1. Anwendungsbereich des § 1578 b II BGB	1009
2. Rechtsfolgen nach § 1578 b II BGB	1010
IV. Kriterien zu der nach § 1578 b I oder II BGB erforderlichen Billigkeitsabwägung	1011
1. Billigkeitsabwägung zur Herabsetzung und zeitlichen Begrenzung des Unterhalts	1011
2. Die Kinderschutzklausel	1013
3. Dauer der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes	1014
4. Gestaltung der Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit während der Ehe	1015
5. Dauer der Ehe	1019
6. Sonstige Umstände	1022
V. Verfahrensrechtliche Fragen bei Anwendung des § 1578 b I u. II BGB	1027
1. Geltendmachung im Erstverfahren	1027
2. Geltendmachung in einem späteren Abänderungsverfahren	1028
3. Darlegungs- und Beweislast	1031

8. Abschnitt: Die Härteklausel des § 1579 BGB

I. Normzweck, gesetzliche Regelung und Anwendungsbereich des § 1579 BGB	1200
1. Normzweck und entstehungsgeschichtliche Entwicklung	1200
2. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausel	1204
3. Rechtsfolgen der Härteklausel	1206
4. Anwendungsbereich des § 1579 BGB	1209
5. Darlegungs- und Beweislast	1213
II. Grobe Unbilligkeit und Zumutbarkeitsabwägung nach § 1579 BGB	1218
1. Grobe Unbilligkeit als eigene Anspruchsvoraussetzung bei jedem Härtegrund	1218
2. Umstände, die bei der Interessenabwägung zur Beurteilung einer groben Unbilligkeit zu berücksichtigen sind	1221
3. Vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes durch den Berechtigten	1229
4. Sonderfragen	1241
III. Ehe von kurzer Dauer (§ 1579 Nr. 1 BGB)	1244
1. Härtegrund der kurzen Ehedauer (Nr. 1)	1244
2. Kurze Ehedauer bis zu zwei Jahren	1250
3. Nicht mehr kurze Ehedauer ab ca. drei Jahren	1253
4. Ehedauer zwischen zwei und drei Jahren und sonstige Sonderfälle	1255
5. OLG-Entscheidungen mit Billigkeitsabwägungen	1260
IV. Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (§ 1579 Nr. 2 BGB)	1267
1. Neufassung des Tatbestandes	1267
2. Verfestigte Lebensgemeinschaft	1270
3. Auf Distanz angelegtes Verhältnis	1276
4. Grobe Unbilligkeit	1277

V. Härtegrund eines Verbrechens oder schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen (§ 1579 Nr. 3 BGB)	1278
1. Härtegrund der Nr. 3	1278
2. Beleidigungen, Verleumdungen und falsche Anschuldigungen	1285
3. Betrug und versuchter Prozessbetrug	1286
VI. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (§ 1579 Nr. 4 BGB)	1289
1. Der Härtegrund der Nr. 4	1289
2. Mutwillige Bedürftigkeit infolge Alkohol- oder Drogenabhängigkeit	1296
3. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Aufgabe einer Erwerbstätigkeit oder wegen unterlassener Maßnahmen zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit ..	1301
4. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Verschwendug oder unwirtschaftlicher Vermögensanlage	1308
5. Mutwillige Bedürftigkeit wegen bestimmungswidriger Verwendung des Vorsorgeunterhalts	1313
6. Sonstige Fälle, in denen der BGH eine Mutwilligkeit verneint hat	1314
VII. Mutwillige Verletzung von Vermögensinteressen des Verpflichteten (§ 1579 Nr. 5 BGB)	1318
1. Zum Härtegrund der Nr. 5	1318
2. Fälle zu Nr. 5	1323
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen	1326
VIII. Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (§ 1579 Nr. 6 BGB)	1329
1. Zum Härtegrund der Nr. 6	1329
2. Fälle einer Pflichtverletzung zu Nr. 6	1336
IX. Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (§ 1579 Nr. 7 BGB)	1337
1. Zum Härtegrund der Nr. 7	1337
2. Verstöße gegen die eheliche Treuepflicht als offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten	1346
3. Sonstige Fälle eines schwerwiegenden Fehlverhaltens	1353
4. Fälle, in denen der BGH ein schwerwiegendes Fehlverhalten verneint hat	1359
5. Eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten	1364
6. Darlegungs- und Beweislast	1369
X. Anderer schwerwiegender Grund nach § 1579 Nr. 8 BGB	1371
1. Zum Härtegrund der Nr. 8	1371
2. Härtegrund der Nr. 8, wenn nach der Scheidung ein ehewidriges Verhältnis gemäß Nr. 7 fortgeführt wird	1374
3. Der Härtegrund der Nr. 8 in sonstigen Fällen	1375
4. Kein Härtegrund nach Nr. 8	1377
X. Wiederaufleben eines nach § 1579 BGB ausgeschlossenen Anspruchs und endgültiger Ausschluss nach § 1579 BGB	1382
1. Grundsatz	1382
2. Wiederaufleben eines nach Nr. 2 ausgeschlossenen Anspruchs	1384
3. Wiederaufleben eines Anspruchs aus Gründen des vorrangigen Kindeswohls	1385

§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle

I. Selbstbehalt und Mangelfall	1
1. Relativität von Eigenbedarf, Selbstbehalt und Mangelfall	1
2. Verschiedene Selbstbehalte nach den Leitlinien	2
3. Voraussetzungen eines Mangelfalls nach §§ 1581, 1603 BGB	31
4. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Leistungsfähigkeit	47
II. Einkommens- und Bedarfskorrekturen im Mangelfall	52
1. Überblick über die Rechtsfolgen eines Mangelfalls nach § 1581 BGB	53
2. Kindergeld und Zählkindvorteil im Mangelfall	62

3. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen gesteigerter Erwerbsobligieheit und erhöhte Zurechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	57
4. Zurechnung unentgeltlicher freiwilliger Zuwendungen Dritter	73
5. Verschärfte Anforderungen an Abzugsposten vom Bruttoeinkommen bei Berechnung des Nettoeinkommens	76
6. Erhöhung der Deckungsmaße durch eine zumutbare Vermögensverwertung	81
7. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten des Verpflichteten	85
8. Obliegenheit, sich auf die Pfändungsfreigrenzen zu berufen und evtl. Insolvenzantrag zu stellen	95
9. Individuelle oder schematische Kürzung eines verbleibenden Fehlbedarfs nach § 1581 BGB	102
III. Mehrheit von Berechtigten: relativer Mangelfall	105
IV. Mehrheit von Berechtigten: gemischter Mangelfall mit zwei Ehegatten	107
1. Allgemeines	107
2. Rechnerischer Grundfall: Kürzung nach § 1581 bei Gleichrang und Getrenntleben	108
3. Kürzung nach § 1581 BGB bei Gleichrang und Zusammenleben in der neuen Ehe	109
4. Kürzung bei Nachrang der früheren Ehe	110
5. Kürzung bei Nachrang der späteren Ehe	111
6. Das anrechnungsfreie Defizit	112
V. Mehrheit von Berechtigten: Rangfragen	113
1. Aktualisierung von Rangverhältnissen im Mangelfall	113
2. Die gesetzliche Rangfolge bei mehreren Berechtigten	118
3. Zum Rangverhältnis unter mehreren berechtigten Kindern	120
4. Rangverhältnisse nach § 1582, § 1609 Nr. 2, 3 BGB zwischen mehreren unterhaltsberechtigten Ehegatten	124
5. Rangverhältnis zwischen Ehegatten und Kindern	136
6. Der vorrangige Bedarf im Mangelfall	138
7. Kürzung und Wegfall des Unterhalts nachrangig Berechtigter in Mangelfällen	144
8. Rechenbeispiele zum Ausscheiden bzw. zur Berechnung des Unterhalts nachrangig Berechtigter	150
9. Verteilung bei Gleichrang (mit Beispielen)	155
10. Beispiele für Mangelfallrechnungen mit mehreren Unterhaltsberechtigten teilweise verschiedenen Ranges	160
11. Altfälle	164
VI. Rangverhältnis zwischen mehreren Verpflichteten	166
1. Rangordnung unter unterhaltspflichtigen Verwandten	167
2. Ersatzhaftung im Mangelfall	170
3. Mehrere unterhaltspflichtige Ehegatten	171
4. Ehegatte neben nichtehelichem Elternteil	172
5. Nichteheliche Elternteile untereinander	174
6. Ehegatten oder nichteheliche Elternteile neben Verwandten	175
7. Haftungskonkurrenz bei Unterhalt minderjähriger Kinder	186
8. Mangelfall bei Barunterhaltspflicht beider Elternteile	167

§ 6 Sonderfragen

1. Abschnitt: Selbstständige Bestandteile des Unterhaltsanspruchs

I. Sonderbedarf	1
1. Anspruchsvoraussetzungen	1
2. Beteiligung des Unterhaltsgläubigers an der Finanzierung des Sonderbedarfs	10
3. Einzelfälle	14

II. Prozess- und Verfahrenskostenvorschuss	20
1. Terminologie	20
2. Anspruchsberechtigte	21
3. Anspruchsvoraussetzungen	28
4. Inhalt des Anspruchs	37
5. Prozessuale, Rückforderung des Kostenvorschusses	39
2. Abschnitt: Unterhalt für die Vergangenheit	
I. Anspruchsvoraussetzungen	100
1. Gesetzliche Grundlagen	100
2. Rechtshängigkeit	106
3. Auskunft	107
4. Sonderbedarf	108
5. Rückwirkender Unterhalt nach § 1613 II Nr. 2 BGB	109
6. Übergeleitete und übergangene Unterhaltsansprüche	110
7. Sonstige Ansprüche	113
8. Absichtlicher Leistungsentzug beim nachehelichen Unterhalt	114
II. Verzug	119
1. Verzug nach § 286 I BGB	119
2. Verzug nach § 286 II Nr. 1 BGB	134
3. Verzug nach § 286 II Nr. 3 BGB	135
4. Verzug nach § 286 II Nr. 4 BGB	136
5. Verschulden des Pflichtigen	137
6. Verzugszinsen	138
7. Beseitigung der Verzugsfolgen und Verwirkung	140
III. Verjährung	147
3. Abschnitt: Rückforderung von zu Unrecht gezahltem Unterhalt	
I. Grundsätze	200
1. Ausgangslage	200
2. Anspruchegrundlagen	203
II. Rückforderungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	204
1. Anspruchegrundlage	204
2. Entreicherung	208
3. Verschärfte Haftung	213
4. Möglichkeiten des Pflichtigen gegen den Entreicherungseinwand	221
5. Mehrleistung mit Erstattungsabsicht	226
III. Ansprüche aus dem Vollstreckungsrecht	228
1. Ansprüche bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen	228
2. Ansprüche bei Notunterhalt	230
3. Ansprüche bei Vaterschaftsfeststellung	231
4. Keine Ansprüche bei einstweiligen Anordnungen	232
IV. Ansprüche aus unerlaubter Handlung	233
1. Anspruch bei Betrug	233
2. Vorsätzliche sittenwidrige Ausnützung eines unrichtig gewordenen Vollstreckungstitels	235
V. Sonderfälle	239
1. Rückforderung bei Rentennachzahlung	239
2. Rückforderung eines Verfahrenskostenvorschusses	242
4. Abschnitt: Aufrechnung mit Gegenforderungen	
I. Aufrechnungsverbot für unpfändbare Forderungen	300
II. Aufrechnungen gegen Unterhaltsforderungen	302
III. Der Argleisteinwand	307
IV. Die Aufrechnungserklärung	309

Inhaltsverzeichnis

zu §§ 6/7

V. Die Aufrechnungsvereinbarung	310
VI. Die Aufrechnung mit Rückforderungsansprüchen aus Unterhaltsüberzahlungen	311
VII. Zusammenfassung	313
5. Abschnitt: Unterhalt bei Gütergemeinschaft	
I. Überblick	400
II. Ehegattenunterhalt	402
1. Trennungsunterhalt	402
2. Familienunterhalt	412
3. Nachehelicher Unterhalt	413
III. Kindesunterhalt	419
1. Kindesunterhalt in der Trennungszeit	420
2. Kindesunterhalt ab Rechtskraft der Scheidung	422
IV. Keine fiktiven Einkünfte	423
V. Eilmäßignahmen	424
6. Abschnitt: Vereinbarungen zum Ehegattenunterhalt	
I. Allgemeines	600
II. Vereinbarungen zum Familienunterhalt	610
III. Vereinbarungen zum Getrenntlebensunterhalt	611
IV. Vereinbarungen zum Nachscheidungsunterhalt	612
1. Vorsorgende Vereinbarungen	613
2. Vereinbarungen anlässlich oder nach der Scheidung	614
V. Vereinbarung eines Unterhaltsverzichts	615
1. Die besondere Problematik des Verzichts auf nachehelichen Unterhalt	615
2. Die allgemeine Sittenwidrigkeit des Verzichts auf nachehelichen Unterhalt	616
3. Richterliche Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle	617
VI. Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	623
VII. Vereinbarung einer Kapitalabfindung	627
7. Abschnitt: Darlegungs- und Beweislast sowie tatrichterliche Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	
I. Zur Darlegungs- und Beweislast	700
1. Allgemeiner Überblick	700
2. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltsberechtigten	703
3. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltpflichtigen	721
4. Zur Regel-Ausnahme-Situation	732
5. Negativtatsachen und substantiiertes Bestreiten von Tatsachen aus dem eigenen Wahrnehmungsbereich	741
6. Darlegungs- und Beweislast bei Abänderungsklagen	746
7. Darlegungs- und Beweislast bei negativen Feststellungsklagen	747
8. Zur Umkehr der Beweislast	749
II. Zur tatrichterlichen Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	750
1. Zur Anwendung des § 287 ZPO im Unterhaltsverfahren	750
2. Zur Schätzung nach § 287 ZPO	755
3. Zu den Schätzungsvoraussetzungen	758
§ 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern	
1. Abschnitt: Ansprüche der Mutter oder des Vaters eines nichtehelichen Kindes gegen den anderen Elternteil und damit zusammenhängende Ansprüche	
I. Allgemeines	1
1. Historische Entwicklung des § 1615 I BGB	1
2. Bedeutung des § 1615 I BGB	10

II. Die einzelnen Unterhaltstatbestände des § 1615 I BGB	11
1. Überblick	11
2. Der Mutterschutzunterhalt gemäß § 1615 I I 1 BGB	14
3. Der Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Krankheit gemäß § 1615 I II 1 BGB	17
4. Der Unterhalt wegen Kindesbetreuung gemäß § 1615 I II 2 bis 5 BGB	20
5. Der Unterhaltsanspruch des nichtehelichen Vaters	78
6. Der Anspruch auf Ersatz von Schwangerschafts- und Entbindungsosten nach § 1615 I I 2 BGB	82
III. Die Bemessung des Unterhalts	91
1. Der Unterhaltsbedarf	91
2. Die Bedürftigkeit	123
3. Die Leistungsfähigkeit	141
IV. Rangverhältnisse und Unterhaltskonkurrenzen	152
1. Mehrere Unterhaltsberechtigte	152
2. Mehrere Unterhaltpflichtige	161
V. Einzelne Fragen des materiellen Rechts	191
1. Abgrenzung der Ansprüche aus § 1615 I BGB und § 1570 BGB	191
2. Anspruchsberechtigte, Anspruchsgegner, Durchsetzung des Anspruchs aus § 1615 I BGB	193
3. Fälligkeit, Unterhalt für die Vergangenheit	197
4. Auskunftsanspruch	200
5. Erlöschen des Anspruchs durch den Tod des Unterhaltsberechtigten	203
6. Erlöschen des Anspruchs des Berechtigten durch andere Gründe	204
7. Der Anspruch auf Übernahme von Beerdigungskosten der Mutter	210
8. Tod des Unterhaltpflichtigen	215
9. Tot- oder Fehlgeburt des Kindes, Schwangerschaftsabbruch	218
10. Verzicht, Unterhaltsvereinbarungen	226
11. Verwirkung	228
12. Verjährung	235
13. Steuerliche Abzugsmöglichkeiten	236
VI. Verfahrensrechtliches	240
1. Zuständiges Gericht für Unterhaltsverfahren	240
2. Verfahren	242
3. Verfahrenskostenvorschuss	243
4. Darlegungs- und Beweislast	244
5. Titel, Befristung des Betreuungsunterhalts	259
6. Abänderungsantrag	265
7. Vorläufige Rechtsschutzmöglichkeiten	266
8. Übergangsrecht	281

2. Abschnitt: Unterhaltsansprüche zwischen eingetragenen Lebenspartnern

I. Allgemeines	
1. Die Entwicklung der eingetragenen Lebenspartnerschaft	290
2. Die eingetragene Lebenspartnerschaft als Unterhaltsvoraussetzung	298
3. Grundsätze zur Unterhaltpflicht nach dem LPartG	307
II. Die einzelnen Unterhaltsansprüche	310
1. Lebenspartnerschaftsunterhalt nach § 5 LPartG	310
2. Trennungsunterhalt nach § 12 LPartG	327
3. Der nachpartnerschaftliche Unterhalt nach § 16 LPartG	353
4. Gerichtliche Geltendmachung	376

§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen

1. Abschnitt: Das Verhältnis von Sozial- und Unterhaltsrecht

I. Die verschiedenen Sozialleistungen	1
II. Die Reform des Sozialrechts zum 1. 1. 2005 und weitere Änderungen	4
III. Sozialleistungen als anrechenbares Einkommen im Unterhaltsrecht	5
1. Einkommensersetzende Sozialleistungen	5
2. Subsidiäre Sozialleistungen	7
3. Bedürftigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	10
4. Leistungsfähigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	13
5. Verwirklichung des Nachrangs und Rechtsschutz	15

2. Abschnitt: Sozialhilfe und Unterhalt

I. Abgrenzung von Sozialhilfe und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II	18
II. Hilfebedürftigkeit	23
1. Einsatzgemeinschaft („Bedarfsgemeinschaft“)	23
2. Einsatz des Einkommens und des Vermögens	29
III. Hilfe zum Lebensunterhalt	46
1. Anspruchsberechtigung	46
2. Notwendiger Unterhalt	47
IV. Sonstige Hilfearten	57
V. Der Übergang des Unterhaltsanspruchs auf den Sozialhilfeträger	60
1. Abgrenzung des § 94 SGB XII vom Übergang anderer Ansprüche	60
2. Übergehende Unterhaltsansprüche; Ausschluss des Anspruchsübergangs	62
3. Umfang des Forderungsübergangs	69
4. Wirkung des Anspruchsübergangs	77
5. Unterhalt für die Vergangenheit, Rechtswahrungsanzeige	81
6. Unterhaltsverzicht und Unterhaltsvereinbarungen	83
7. Laufende Zahlung des Unterhalts	84
8. Unterhalt volljähriger Kinder	85
9. Unbillige Härte	87
VI. Sozialhilferechtliche Vergleichsberechnung	91
1. Rechtslage bis zum 31. 12. 2004	91
2. Inhalt der gesetzlichen Neuregelung	92
VII. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs im Prozess	107
1. Konsequenzen des Anspruchsübergangs	107
2. Rückübertragung des übergegangenen Unterhaltsanspruchs	111
3. Erneute Abtretung an den Sozialhilfeträger	119
4. Konkurrenz zwischen Unterhaltsberechtigtem und Sozialhilfeträger	120
5. Abänderungsverfahren	123
VIII. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	124
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Sozialhilfeträger	124
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsberechtigten	126

3. Abschnitt: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Unterhalt

I. Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	135
1. Verhältnis zur Sozialhilfe und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende	135
2. Voraussetzungen und Art der Leistungen	138
3. Bewilligungszeitraum	146

II. Das Verhältnis von Unterhaltsansprüchen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	147
1. Überblick	147
2. Einsatzgemeinschaft	149
3. Unterhalt zwischen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten (Lebenspartnern); Betreuungsunterhalt nach § 1615 I BGB	152
4. Elternunterhalt	154
5. Unterhalt volljähriger Kinder	167
6. Unterhalt zwischen Verwandten zweiten Grades	170
4. Abschnitt: Die Grundsicherung für Arbeitsuchende und Unterhalt	
I. Grundsicherung und Sozialhilfe	171
1. Die Reform des Sozialrechts zum 1. 1. 2005	171
2. Abgrenzung von der Sozialhilfe und der Jugendhilfe	175
3. Zuständigkeiten	176
II. Anspruchsvoraussetzungen	178
1. Berechtigter Personenkreis	178
2. Alter	186
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	187
4. Erwerbsfähigkeit	188
5. Hilfebedürftigkeit; Einsatz von Einkommen und Vermögen	189
III. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	200
1. Arbeitslosengeld II	201
2. Sozialgeld	210
3. Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes	212
4. Sonstige Geldleistungen	214
5. Ausschließlichkeit der Leistungen nach dem SGB II	218
IV. Leistungsfähigkeit des Unterhaltpflichtigen bei Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende	219
1. Erwerbsobligieheit	219
2. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende als unterhaltsrechtliches Einkommen des Pflichtigen	220
V. Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende durch den Unterhaltsberechtigten; Anspruchsübergang	225
1. Subsidiarität der Grundsicherung	225
2. Anspruchsübergang	228
3. Kraft Gesetzes übergehende Unterhaltsansprüche	232
4. Umfang des Anspruchsübergangs	238
5. Unterhalt für die Vergangenheit	245
6. Vergleichsberechnung	248
7. Keine Härteregelung	251
8. Laufende Zahlung des Unterhalts	252
9. Geltendmachung des übergegangenen Anspruchs	253
10. Rückübertragung und erneute Abtretung des Unterhaltsanspruchs	255
VI. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	256
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch die Träger der Grundsicherung	256
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsempfänger	261
5. Abschnitt: Unterhaltsvorschuss und Unterhalt	
I. Die Voraussetzungen des Unterhaltsvorschusses	262
II. Anspruchsübergang	270
III. Verhältnis von Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Unterhaltsvorschuss	276

6. Abschnitt: Ausbildungsförderung und Unterhalt

I. Voraussetzungen und Dauer der Förderung	279
II. Das Verhältnis von Ausbildungsförderung und Unterhalt	286
1. Ausbildungsförderung und Vorausleistung	286
2. Anspruchsübergang	288

§ 9 Auslandsberührungen

1. Abschnitt: Materielles Recht

I. Rechtsquellen	1
II. Definition der Unterhaltpflicht	9
III. Anwendbares materielles Recht – Unterhaltsstatut	11
1. Gesetzliche Grundlagen	11
2. Vorbehalt nach Art. 15 HUÜ	12
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	13
4. Subsidiarität	16
5. Gemeinsame Staatsangehörigkeit	18
6. Recht des Gerichtsstaats	23
7. Verstoß gegen den Ordre Public	24
8. Folgen einer Scheidung	26
9. Wahl des anzuwendenden Rechts	31
10. Auf öffentliche Träger übergegangene Unterhaltsansprüche	34
IV. Bemessung des Unterhalts	35
1. Bedarfsermittlung	35
2. Bedarfskorrektur mit Hilfe der Verbrauchergeldparität	38
3. Bedarfskorrektur nach Teuerungsziffern für den Kaufkraftausgleich der Auslandsbesoldung	91
V. Währung	94
VI. Ausgewählte Länder	100

Belgien

1. Kinderunterhalt	101
2. Ehegattenunterhalt	102
3. Familienunterhalt	108

Bosnien-Herzegowina

1. Allgemeines	109
2. Kinderunterhalt	111
3. Ehegattenunterhalt	115
4. Unterhalt des außerehelichen Partners	117
5. Sonstiger Verwandtenunterhalt	118
6. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	119

Dänemark

1. Kinderunterhalt	124
2. Ehegattenunterhalt	127

England und Wales

1. Kinderunterhalt	133
2. Ehegattenunterhalt	140
3. Allgemeine Grundsätze	149

Finnland	
1. Kinderunterhalt	150
2. Ehegattenunterhalt	158
3. Unterhaltsanspruch eines Lebenspartners	162
Frankreich	
1. Kinderunterhalt	163
2. Ehegattenunterhalt	164
3. Familienunterhalt	173
Griechenland	
1. Kinderunterhalt	174
2. Ehegattenunterhalt	177
3. Verwandtenunterhalt	183
4. Allgemeine Grundsätze	186
Irland	
1. Kinderunterhalt	189
2. Ehegattenunterhalt	192
Italien	
1. Kinderunterhalt	198
2. Ehegattenunterhalt	200
3. Verwandtenunterhalt	208
Kroatien	
1. Kinderunterhalt	209
2. Ehegattenunterhalt	212
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	215
4. Verwandtenunterhalt	218
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	219
Montenegro	
1. Kinderunterhalt	224
2. Ehegattenunterhalt	227
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	232
4. Verwandtenunterhalt	238
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	242
Niederlande	
1. Kinderunterhalt	246
2. Ehegattenunterhalt	249
3. Verwandtenunterhalt	257
4. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	259
Norwegen	
1. Kinderunterhalt	260
2. Ehegattenunterhalt	264
Österreich	
1. Kinderunterhalt	271
2. Ehegattenunterhalt	275

Polen	
1. Kinderunterhalt	294
2. Ehegattenunterhalt	303
3. Verwandtenunterhalt	310
4. Unterhalt aus gemeinsamer Elternschaft	312
5. Allgemeine Vorschriften	313
Portugal	
1. Kinderunterhalt	316
2. Ehegattenunterhalt	324
3. Verwandtenunterhalt	332
4. Unterhaltsanspruch der Kindesmutter	334
Rumänien	
1. Kinderunterhalt	335
2. Ehegattenunterhalt	344
3. Verwandtenunterhalt	351
Schottland	
1. Kinderunterhalt	352
2. Ehegattenunterhalt	354
3. Allgemeine Grundsätze	356
4. Prozessrecht	360
Schweden	
1. Kinderunterhalt	363
2. Ehegattenunterhalt	371
Schweiz	
1. Kinderunterhalt	376
2. Ehegattenunterhalt	383
3. Verwandtenunterhalt	401
4. Allgemeine Vorschriften	402
Serben	
1. Kinderunterhalt	403
2. Ehegattenunterhalt	406
3. Unterhalt der Mutter eines Kindes und des außerehelichen Partners	409
4. Verwandtenunterhalt	411
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	414
Slowenien	
1. Kinderunterhalt	419
2. Ehegattenunterhalt	422
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	431
4. Verwandtenunterhalt	432
5. Allgemeine Vorschriften	433
Spanien	
1. Kinderunterhalt	438
2. Ehegattenunterhalt	444
3. Verwandtenunterhalt	450

Tschechische Republik	
1. Kinderunterhalt	451
2. Ehegattenunterhalt	456
3. Verwandtenunterhalt	464
Türkei	
1. Kinderunterhalt	466
2. Ehegattenunterhalt	471
3. Verwandtenunterhalt	494
Ungarn	
1. Kinderunterhalt	495
2. Ehegattenunterhalt	501
3. Verwandtenunterhalt	504
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	
1. Kinderunterhalt	508
2. Ehegattenunterhalt	512
2. Abschnitt: Verfahrensrecht einschließlich Vollstreckung	
I. Rechtsquellen	600
II. Internationale Zuständigkeit und Verfahren	640
1. Internationale Zuständigkeit	640
2. Rechtsschutzbedürfnis	665
3. Abänderung ausländischer Unterhaltstitel	666
4. Einstweiliger Rechtsschutz	671
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Unterhaltstitel	675
1. Unmittelbare Vollstreckbarkeit nach der EuUnthVO	677
2. Exequaturverfahren	682
3. Anerkennungs- und Vollstreckungshindernisse	686
4. Umsetzung durch nationales Recht	691
5. Anerkennung und Vollstreckung nach nationalem Recht	699
IV. Beitrittsgebiet (ehemalige DDR)	710
§ 10 Verfahrensrecht	
1. Abschnitt: Verfahrensgegenstand, Zuständigkeit und Gericht	
I. Vom Unterhaltsprozess zum Verfahren in Unterhaltsstreitsachen	1
II. Verfahrensgegenstand	2
1. Die Unterhaltssachen als Familienstreitsachen (§ 231 I FamFG)	2
2. Die Nichtunterhaltssachen	4
3. Mischverfahren	5
III. Das Familiengericht	6
1. Die sachliche Zuständigkeit	6
2. Die örtliche Zuständigkeit	8
3. Internationale Zuständigkeit	15
4. Abgabe, Verweisung und Kompetenzkonflikte	19
5. Der Familienrichter	32
2. Abschnitt: Die Schaffung und Abänderung von Unterhaltstiteln	
I. Der Leistungsantrag im Hauptsacheverfahren 1. Instanz	34
1. Allgemeines	35
2. Rechtsschutzbedürfnis und Titulierungsinteresse	37

Inhaltsverzeichnis

zu § 10

3. Die Beteiligten, gesetzliche Vertretung Minderjähriger und Verfahrensstandschaft	42
4. Verfahrensgrundsätze	53
5. Sonderformen des Leistungsantrags in Unterhaltssachen („Teilunterhalt“)	55 b
6. Verfahrensrechtliche Auskunftspflichten (§§ 235, 236 FamFG)	56
7. Die das Verfahren erledigende Endentscheidung (§§ 116 I, 38 FamFG)	76
II. Die Unterhaltssachen im Verbundverfahren	93
1. Das Verbundverfahren	93
2. Die Unterhaltsfolgesachen	94
3. Die Einleitung des Verbundes in Unterhaltsfolgesachen	96
4. Verfahrensgrundsätze in Unterhaltsfolgesachen	101
5. Die Abtrennung der Unterhaltsfolgesache	106
6. Die Unterhaltsfolgesache im Entscheidungsverbund	108
III. Das streitige Unterhaltsverfahren bei ungeklärter Vaterschaft	114
1. Der Kindesunterhalt bei ungeklärter Vaterschaft	114
2. Das Titulierungsverfahren (§ 237 FamFG)	115
3. Das „Korrekturverfahren“ (§ 240 FamFG)	124
IV. Die Abänderung gerichtlicher Endentscheidungen (§ 238 FamFG)	133
1. Allgemeines	133
2. Rechtsnatur	138
3. Verfahrensgegenstand	139
4. Anwendungsbereich	141
5. Abgrenzung zwischen Abänderungsantrag (§ 238 FamFG) und Vollstreckungsabwehrantrag (§ 767 ZPO) sowie Verhältnis zur Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO)	152
6. Abgrenzung zwischen Abänderungs- (§ 238 FamFG) und negativem Feststellungsantrag	164
7. Abgrenzung zwischen Abänderungs- und Zusatz- oder Nachforderungsantrag	165
8. Abgrenzung zwischen Abänderungsantrag und Rechtsmittel	171
9. Zulässigkeit des Abänderungsverfahrens	179
10. Begründetheit des Abänderungsantrags	191
11. Darlegungs- und Beweislast im Abänderungsverfahren	247
12. Die Abänderungsentscheidung	248
V. Die Abänderung von Vergleichen und Urkunden (§ 239 FamFG)	252
1. Allgemeines	252
2. Der Vergleich	255
3. Die vollstreckbaren Urkunden	271
VI. Die Abänderung von Unterhaltstiteln nach Art. 3 II	
Unterhaltsänderungsgesetz 2008	283
VII. Das Vollstreckungsabwehrverfahren (§ 767 ZPO)	295
1. Verfahrensgegenstand	295
2. Zuständigkeit	297
3. Die Vollstreckungstitel	299
4. Das Rechtsschutzbedürfnis	301
5. Einwendungen (§ 767 I ZPO)	303
6. Die Rechtskraft	308
7. Verzicht auf Verfahren	309
8. Verbindung des Vollstreckungsabwehr- mit einem Abänderungsantrag	310
9. Vollstreckungsabwehr und negativer Feststellungsantrag	312
10. Abgrenzung zwischen Vollstreckungsabwehrantrag und Rechtsmittel	313
11. Die Entscheidung	314
VIII. Das Feststellungsverfahren (§ 256 ZPO)	315
1. Allgemeines	315
2. Feststellungsinteresse	320
3. Abgrenzung zu anderen Verfahren	323

4. Prüfungs- und Entscheidungsumfang	324
5. Darlegungs- und Beweislast	325
6. Rechtskraft	326
7. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	328
8. Verfahrenswert	329
IX. Die Verfahren wegen ungerechtfertigter Bereicherung, Erstattung und Schadensersatz in Unterhaltssachen (§ 231 I FamFG)	330
1. Die Ungerechtfertigte Bereicherung	330
2. Erstattungsanträge	337
3. Schadensersatz	338
X. Das Drittshuldnerverfahren	343
XI. Das isolierte Auskunfts-, Beleg- und Versicherungsverfahren	345
XII. Das Stufenverfahren (§ 254 ZPO)	358
XIII. Das Anpassungsverfahren bei außergerichtlichen Unterhaltsvereinbarungen	369
XIV. Das Mahnverfahren (§ 113 II FamFG, §§ 688–703 d ZPO)	374
XV. Das Wiederaufnahmeverfahren (§ 118 FamFG, §§ 578–591 ZPO)	375
XVI. Der „Widerantrag“ (§ 33 ZPO)	380
1. Allgemeines	380
2. Die Einleitung des Widerantragsverfahrens	382
3. Die allgemeinen Verfahrensvoraussetzungen	383
4. Der Zusammenhang des § 33 I ZPO	384
5. Der zeitliche Zusammenhang von Antrag und Widerantrag	385
6. Die Beteiligten des Widerantragsverfahrens	386
7. Identität der Verfahrensart von Vorantrag und Widerantrag	387
8. Sonderformen des Widerantrags, Hilfswiderantrag	388
9. Feststellungswiderantrag	389
10. Wider-Widerantrag	390
11. Gerichtsstandvereinbarungen	391

3. Abschnitt: Vorläufige Regelung und Sicherung von Unterhaltsansprüchen

I. Die einstweilige Anordnung in Unterhaltsverfahren	392
1. Die einstweilige Anordnung als Grundtatbestand (§ 246 FamFG)	396
2. Die einstweilige Anordnung vor Geburt eines Kindes (§ 247 FamFG)	460
3. Die einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft (248 FamFG)	469
4. Konkurrenzen	484
II. Der Arrest in Unterhaltssachen (§ 119 II FamFG, §§ 916 ff. ZPO)	485
1. Verfahrensvoraussetzungen	485
2. Verfahrensablauf	490

4. Abschnitt: Rechtsmittel in Unterhaltssachen

I. Die Beschwerde gegen in der Hauptsache ergangene Endentscheidungen (§§ 58, 117 FamFG)	501
1. Allgemeines	501
2. Zuständigkeit und Eingang	503
3. Beschwerdefrist	504
4. Die Beschwerdeschrift	508
5. Beschwerdesumme/Beschwer	513
6. Beschwerdebegründung	518
7. Beschwerdeerweiterung, Antragserweiterung	528
8. Antragsänderung/Beteiligtenänderung	531
9. Die Beschwerdeerwiderung	533
10. Der Gang des Beschwerdeverfahrens	534
11. Die Beschwerdeentscheidung (§§ 116, 69, 38 FamFG)	544

Inhaltsverzeichnis

zu § 10

12. Die Rücknahme der Beschwerde/der Verzicht	549
13. Verfahrenskostenhilfe im Beschwerdeverfahren	556
14. Verfahrenskostenhilfe und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	559
15. Neuere BGH-Rechtsprechung zur Wiedereinsetzung	574
II. Die Anschlussbeschwerde (§§ 66, 117 II FamFG)	590
III. Die sonstige befristete Beschwerde gegen Endentscheidungen (§ 58 FamFG)	597
IV. Die sofortige Beschwerde (§§ 567–572 ZPO)	602
V. Die Rechtsbeschwerden	610
1. Die Rechtsbeschwerde gegen Endentscheidungen (§§ 70–75 FamFG)	610
2. Die Rechtsbeschwerde gegen sonstige Entscheidungen (§§ 574–577) ZPO	618
VI. Die Anhörungsrüge (§ 321 a ZPO)	623
1. Verfahrensgegenstand	623
2. Zulässigkeit der Rüge	626
3. Gang des Verfahrens	628
4. Die Abhilfe	632
5. Abschnitt: Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger (§§ 249 – 260 FamFG)	
1. Allgemeines	634
2. Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens	637
3. Anpassung von Unterhaltsrenten, Abgrenzung zu anderen Verfahren	640
4. Erstmalige Unterhaltfestsetzung i. S. d. § 249 II FamFG	643
5. Einstweiliger Rechtsschutz und vereinfachtes Verfahren	646
6. Zuständigkeit, Formalien, Kosten, Verfahrenswert und VKH	648
7. Zurückweisung des Antrags	656
8. Verbindung mehrerer Verfahren	660
9. Mitteilung an Antragsgegner	661
10. Einwendungen des Antragsgegners	662
11. Folgen der Einwendungen	672
12. Der Festsetzungsbeschluss (§ 253 FamFG)	674
13. Die Beschwerde im vereinfachten Verfahren (§ 256 FamFG)	678
14. Das weitere Verfahren bis zum Teilbeschluss (§ 254 S. 2 FamFG)	686
15. Der Übergang ins streitige Verfahren (§ 255 FamFG)	688
16. Die Abänderung („Korrektur“) von Entscheidungen im vereinfachten Verfahren (§ 240 FamFG)	632
Anhang D: Düsseldorfer Tabelle 2011 (mit Hinweisen zur DT 2009/2010)	1887
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge	1895
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen	2315
Sachverzeichnis	2321